

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001)

Einzelplan 03 - Innenministerium

- Drucksachen 13/400, 13/620 und 13/750 -

Bericht über das Ergebnis der Beratungen des

Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform

Berichterstatter Abg. Klaus Stallmann CDU

Beschlussempfehlung

Der Einzelplan 03 wird mit den aus der Anlage ersichtlichen Änderungen angenommen.

Bericht

A Allgemeines

Der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform hat den Einzelplan 03 in seinen Sitzungen am 18. Januar 2001 und 8. März 2001 beraten.

B Anträge der Fraktionen

Die Anträge der Fraktionen sind aus der Anlage ersichtlich. Die Begründungen zu den jeweiligen Anträgen und die Einzelabstimmungsergebnisse sind ebenfalls in der Anlage aufgeführt.

C Gesamtabstimmung

Bei der Gesamtabstimmung wurde der Einzelplan 03 unter Einbeziehung der angenommenen Änderungsanträge mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. vom Ausschuss angenommen.

Klaus Stallmann
Vorsitzender

Anlage

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
zum Haushaltsgesetz 2001**

Personalhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	F.D.P.	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 422 10 Bezüge der Beamten (und Richter)</p> <p>Der Ansatz von 2.909.624.700 DM wird um 30.000.000 DM auf 2.939.624.700 DM erhöht.</p> <p>250 Stellen A 9 des gehobenen Dienstes sind auszuweisen.</p> <p>1.117 A 9 Stellen des mittleren Dienstes sind umzuwandeln in A 9 Stellen des gehobenen Dienstes.</p> <p>Bei Erfüllung der laubahnrechtlichen Voraussetzungen sind die A 7 Stellen und die A 8 Stellen anzuheben auf A 9.</p>	<p>SPD nein CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Folgender Haushaltsvermerk ist aufzunehmen:</p> <p>Von dieser Anhebung ausgenommen sind die Stellen der Tätigkeiten im nicht hoheitlichen Bereich.</p> <p>Begründung: Die innere Sicherheit gehört mit zu den vornehmsten Aufgaben des Staates. Diese Aufgabe ist hoheitlich wahrzunehmen und zu garantieren.</p> <p>Es fehlt aber für gute kontinuierliche Polizeiarbeit an Personal. Die Frage nach der Personalstärke ist mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung verbunden. Daher müssen neue Stellen geschaffen werden. Da die F.D.P.-Fraktion die Einführung der zweigeteilten Laufbahn bei der Polizei fordert und dies schneller verwirklichen will als die Landesregierung sind die neuen Stellen der zweigeteilten Laufbahn entsprechend in A 9 gehobener Dienst einzurichten, mit Ausnahme der nicht hoheitlichen Aufgaben.</p> <p>Die Umwandlung der A 9 er Stellen ist kostenneutral für den Haushalt 2001.</p> <p>Bei der Anhebung der Stellen von A 7 und A 8 wurde ein Drittel der Stellen für das Haushaltsjahr 2001 gerechnet. Mehr werden die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	CDU	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 422 20 Bezüge der Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (und Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungspraktikanten- und Lehrlinge)</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p>38.538.000 DM 6.000.000 DM 44.538.000 DM</p> <p>Die Zahl der beabsichtigten Neueinstellungen wird um 300 auf 1.250 erhöht.</p> <p>Begründung: Nach wie vor gibt es zu wenig Polizei in Nordrhein-Westfalen. Mittelfristig sind 1.000 Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen einzustellen. Daher ist Hand mit weiteren Aufgabenumstrukturierungen eine Aufstockung des Stellenplans erforderlich.</p>	<p>SPD CDU F.D.P. GRÜNE</p> <p>nein ja Enthaltung nein</p>

Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform
zum Haushaltsgesetz 2001

Sachhaushalt

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	CDU	<p>Kapitel 03 010 Ministerium</p> <p>Titel 531 30 Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation</p> <p>Der Ansatz von 2.200.000 DM wird um 1.700.000 DM auf 500.000 DM gekürzt.</p> <p>Begründung: Mit Blick auf die gegebenen Sparzwänge im Landeshaushalt muss der Ansatz für Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Verwaltungsreform gekürzt werden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den mit diesem Titel deckungsfähigen Ausgaben bei Titel 531 20 (Öffentlichkeitsarbeit).</p>	<p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
2	F.D.P.	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 643 10 Kostenpauschalen nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für ausländische Flüchtlinge im Sinne von § 2 Nr. 1 FlüAG</p> <p>Der Ansatz von 60.000 DM wird um 325.000.000 DM auf 385.000.000 DM erhöht.</p> <p>Begründung: Der Antrag dient der Entfrachtung des GFG um die Mittel des FlüAG.</p>	<p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
3	F.D.P.	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 643 10 Kostenpauschalen nach § 4 Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für ausländische Flüchtlinge im Sinne von § 2 Nr. 1 FlüAG</p> <p>Der Ansatz von 385.000 DM wird um 130.000.000 DM auf 515.000.000 DM erhöht.</p> <p>Begründung: Der Antrag dient der Entfrachtung des GFG im Zusammenhang mit der Übernahme des Straßenbaus durch das Land.</p>	<p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
4	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 643 12</p> <p>a) (neue Bezeichnung) Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>b) Der Ansatz von 300.000 DM wird um 260.000 DM auf 560.000 DM erhöht.</p> <p>Der Ansatz soll wie folgt verteilt werden:</p> <p>Verein zur Förderung der Flüchtlingsarbeit in NRW e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) in Dülmen 300.000 DM</p> <p>Arbeitskreis Asyl NRW e.V. in Köln 170.000 DM</p> <p>Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden (IMK) e.V. in Bonn 90.000 DM</p>	<p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p> <p>ja</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Begründung: Die Beibehaltung des bisherigen Ansatzes ist notwendig, um auch in Zukunft die überaus sinnvolle Arbeit der Flüchtlingsorganisationen fortzusetzen. Um eine den Gegebenheiten entsprechende Förderung zu erzielen, soll künftig von vornherein die Verteilung, die bisher durch den Flüchtlingsrat erfolgte, auf die entsprechenden Einrichtungen vorgenommen werden.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
5	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030 Titel 684 00 Landesmaßnahme für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p>Begründung: Die soziales Betreuung und Beratung von Flüchtlingen wird immer schwieriger. Deshalb ist eine intensive Betreuung der Flüchtlinge notwendig. Um dies zu gewährleisten ist die Wiederherstellung des Ansatzes aus dem Haushaltsjahr 2000 unerlässlich.</p>	<p>SPD ja CDU ja F.D.P. ja GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
6	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahme für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Neuer Titel Zuweisung an die DRK-Stiftung</p> <p>Ansatz: 670.000 DM</p> <p>Begründung: Über die DRK-Stiftung sind bisher, die vom Landtag gewollten sozialen Betreuungsmaßnahmen für die sich in der Abschiebung befindlichen Personen in Höhe von jährlich 1.000.000 DM finanziert worden. Nach Auskunft der DRK-Stiftung reichen die Mittel nur noch für das erste Vierteljahr 2001. Danach ist eine weitere Finanzierung durch die DRK-Stiftung nicht mehr möglich. Um diese anerkannt wichtige und notwendige Arbeit für die betroffenen Menschen fortzusetzen, muss das Land die Förderung sicherzustellen.</p>	<p>SPD ja</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
7	CDU	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 514 10 Haltung von Dienstfahrzeugen</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p>48.275.400 DM 3.000.000 DM 51.275.400 DM</p> <p>Begründung: Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Ansatz im Haushalt 2000 zu niedrig gewählt wurde. So wurden Funkstreifen Kilometervorgaben gemacht, Funkstreifenwagen wurden stehen gelassen und z. B. in Landkreisen wurden Randbezirke nicht mehr bestreift. Wegen der Spritkosten musste z. T. auf den Betrieb der Klimaanlage im Funkstreifenwagen im Sommer verzichtet werden. Es müssen darüber hinaus genug Gelder zur Verfügung stehen für eine gute Instandsetzung der Fahrzeuge.</p> <p>Daher wird hier mehr gefordert als die Landesregierung vorgesehen hat. Zumal die seit Januar 2001 neuen Erhöhung durch die sogenannte "Ökosteuer" aufzufangen sind, um die</p>	<p>SPD nein CDU Enthaltung F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		Zustände des Jahres 2000, die die Polizei in ihrer Handlungsfähigkeit beschnitten hat, zu vermeiden.	

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	F.D.P.	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 525 12 Fortbildung der Bediensteten</p> <p>Der Ansatz von 4.006.100 DM wird um 4.000.000 DM auf 8.006.100 DM erhöht.</p> <p>Folgender Haushaltsvermerk ist aufzunehmen: Minderausgaben verstärken nicht andere Titel der Hauptgruppe 5. Die Ausgaben dürfen überschritten werden, soweit Einsparungen der Hauptgruppe 5 erzielt wurden.</p> <p>Begründung: Die berufbegleitende Fortbildung gerade auch im Bereich der Gefahrenorientierung wird immer wichtiger. Die Landesregierung hat hier den gleichen Ansatz wie im Haushalt 2000 gewählt. Das bedeutet, dass für jeden der 12 Fortbildungsbereiche im Schnitt nur etwa 330.000 DM zur Verfügung stehen.</p>	<p>SPD nein</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Es hat sich aber gezeigt, dass zusätzliche Mittel für die berufsbegleitende Aus- und Fortbildung vor allem für die kriminalpolitische Spezialisierung sowie Eigensicherung und Gefahrentraining für den Wach- und Wechseldienst dringend gebraucht werden.</p>	

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
9	CDU	<p data-bbox="432 1093 512 1220">Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p data-bbox="550 1093 654 1220">Titel 536 40 Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt</p> <p data-bbox="694 1093 734 1500">Änderung der Zweckbestimmung:</p> <p data-bbox="774 1093 845 1500">In der Zweckbestimmung sind die Wörter "antischwuler und antilesbischer Gewalt" zu streichen.</p> <p data-bbox="885 1093 949 1500">Der Haushaltsvermerk zu Titel 536 40 ist entsprechend zu ändern.</p> <p data-bbox="997 1093 1029 1310">Begründung:</p> <p data-bbox="1037 1093 1294 1500">Prävention ist notwendiger Bestandteil der Kriminalitätsbekämpfung. Eine Differenzierung aber zwischen präventiven Maßnahmen bei Gewalt gegen Schwule und Lesben - so notwendig diese sein mag - und der Prävention bei Gewalt gegen andere Personen, ist nicht erforderlich. Schwule und Lesben sind selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Lebens, gerade in Großstädten.</p>	<p data-bbox="432 1854 454 1937">SPD nein</p> <p data-bbox="470 1854 494 1937">CDU ja</p> <p data-bbox="510 1854 534 1937">F.D.P. nein</p> <p data-bbox="550 1854 574 1937">GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
10	CDU	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 536 50 Bekämpfung der Organisierten Kriminalität</p> <p>Der Ansatz von wird um auf erhöht.</p> <p>2.000.000 DM 250.000 DM 2.250.000 DM</p> <p>Begründung: Die organisierte Kriminalität verursacht Jahr für Jahr einen ermittelten Schaden im zweistelligen Millionenbereich. Die Einnahmen der Kriminellen werden auf 1 Milliarde DM geschätzt. Wenn NRW den Kampf gegen das organisierte Verbrechen besser als bisher bekämpfen will, muss sich dies auch im Haushaltsansatz niederschlagen.</p>	<p>SPD nein CDU ja F.D.P. ja GRÜNE nein</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
11	SPD/ BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 698 10 Polizeibehörden und -einrichtungen</p> <p>Anteil des Landes an der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)</p> <p>Ausbringung eines Deckungsvermerkes:</p> <p>"Unter Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung können Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 6 dieses Kapitels einschließlich der Titelgruppe 80 zu Mehrausgaben bei diesem Titel verwendet werden."</p> <p>Begründung: Im Jahre 2001 wird nach einem Beschluss der IMK vom 24.11.2000 die Stiftung "Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)" gegründet. Zweck der Stiftung ist die Förderung der Kriminalprävention in allen Aspekten. Es gilt, die Möglichkeiten der Prävention in möglichst großem Umfang zu nutzen. Diese Aufgabe stellt sich nicht nur Bund, Ländern und Kommunen, sondern allen gesellschaftlichen Kräften. Ziel ist es, der Kriminalität durch vorbeugende Maßnahmen Einhalt zu gebie-</p>	<p>SPD ja</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE ja</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>ten, die durch Kriminalität entstehenden Schäden zu verringern und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, ihren Beitrag zur Kriminalprävention zu leisten.</p> <p>Der Bund und die Länder sind aufgerufen, der Stiftung als Gründungsmitglieder im Jahre 2001 beizutreten und ihren jeweiligen Anteil am anfänglichen Stiftungsvermögen in Höhe von 2,5 Mio. DM einzubringen.</p> <p>Das Land Nordrhein-Westfalen trägt dem gesellschaftspolitischen Stellenwert der Kriminalprävention durch seinen Beitritt zur Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention Rechnung.</p> <p>Als voraussichtliches Sitzland sollte es seinen Anteil am Stiftungskapital möglichst wie die 12 anderen teilnehmenden Länder und der Bund im Gründungsjahr in voller Höhe einzahlen können.</p>	

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
12	F.D.P.	<p>Kapitel 03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen</p> <p>Titel 812 60 Erwerb von sonstigen beweglichen Sachen</p> <p>Der Ansatz von 60.786.400 DM wird um 10.000.000 DM auf 70.786.400 DM erhöht.</p> <p>Begründung: Die Landesregierung hat den Titel zwar bereits erhöht. Die weiteren 10.000.000 DM sollen für eine schnellere Ausstattung mit PC-Technik incl. Vernetzung in den 51 Behörden zur Verfügung stehen. Das wären etwa 200.000 DM pro Behörde. Eine gute technische Ausstattung ist eine der Grundvoraussetzung für eine arbeitsfähige Polizei. Daher sollten die IT-Verbesserungen zügig vorangetrieben werden.</p>	<p>SPD nein</p> <p>CDU Enthaltung</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Anlage zu Vorlage 13/510

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
13	CDU	<p>Kapitel 03 710 Feuerschutz und Abwehr von Großschadensereignissen</p> <p>Titel 883 00 Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes</p> <p>Der Ansatz von 78.430.500 DM wird um 14.000.000 DM auf 92.430.500 DM erhöht.</p> <p>Begründung: Das Aufkommen der Mittel an der Feuerschutzsteuer muss den Gemeinden zukommen. Die Mittel für die Abwehr von Großschadensereignissen sind aus dem allgemeinen Haushalt zu finanzieren.</p>	<p>SPD nein</p> <p>CDU ja</p> <p>F.D.P. ja</p> <p>GRÜNE nein</p>

Finanzministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen

Vorlage an den
Haushalts- und
Finanzausschuß des Landtags
Anlage zu Vorlagen 13/509
13/510
13/511
13/512

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2001
Einzelplan 03: Innenministerium

Anlage: Änderungen in den Haushaltsansätzen

Einzelplan 03:

Innenministerium

Anlage: - Änderungen in den Haushaltsansätzen -

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
03 030	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge			
643 12	<u>Förderung der Flüchtlingsarbeit</u> Die Erläuterungen erhalten folgende Fassung: 1. Verein zur Förderung der Flüchtlings- arbeit in NRW e.V. (Trägerverein des Flüchtlingsrates NRW) in Dülmen 300.000 DM 2. Arbeitskreis Asyl NRW e.V. in Köln 170.000 DM 3. Internationaler Verein für Menschenrechte der Kurden (IMK) e.V. in Bonn 90.000 DM Zusammen 560.000 DM	300.000	+ 260.000	560.000
684 00	Soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen	4.000.000	+ 350.000	4.350.000
684 10	Zuweisung an die DRK-Stiftung	-	+ 670.000	670.000
03 110	Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen			
698 10	Stiftungsanteil des Landes Nordrhein-Westfalen am Deutschen Forum für Kriminalprävention Neuer Haushaltsvermerk: Unter Nichtinanspruchnahme der Verpflichtungsermächtigung können Minderausgaben bei den Titeln der Hauptgruppe 6 dieses Kapitels einschließlich der Titelgruppe 80 zu Mehr- ausgaben bei diesem Titel verwendet werden.	100.000	-	100.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf DM	mehr/ weniger DM	neuer Ansatz DM
	Abschluß Einzelplan 03: Einnahmen Ausgaben Verpflichtungsermächtigungen	435.712.100 7.245.329.200 536.525.500	- + 1.280.000 -	435.712.100 7.246.609.200 536.525.500